

**Redebeitrag MdL Dr. Michael Krapp
zum Antrag der CDU-Fraktion in DS 4/4647
zur energiewirtschaftlichen Notwendigkeit der 380kV-Leitung durch Thüringen
am 20.03.2009 im Thüringer Landtag**

Wenn ein Gutachten eintrifft, das vor gut einem Jahr bestellt wurde, tut man gut daran, den Auftrag noch einmal aufmerksam zu lesen. In diesem Auftrag vom 16.11.2007 unter DS 4/3541 wurde die Landesregierung gebeten... „ein unabhängiges Institut mit einem Gutachten zu beauftragen, das Aussagen trifft über die energiewirtschaftliche Notwendigkeit einer weiteren 380kV-Trasse sowie über technische Möglichkeiten der Netzoptimierung und des Netzmanagements und wie diese Lösungen für den notwendigen zusätzlichen Stromtransport auf Bestandstrassen durch Thüringen angewendet werden können.“

Schaut man mit entsprechender Erwartung in das Gutachten, fällt sofort auf, dass die Gutachter ohne Auftrag unter Punkt V. einen eigenen Lösungsansatz hinzufügen, in dem sie eine Aufspaltung der von Vattenfall geplanten einen Zusatztrasse in zwei 380kV-Trassen vorschlagen. Unabhängig von den technischen Begründungen weist unsere Fraktion darauf hin, dass damit eine Verschärfung des Konfliktes um den Schutz der Kulturlandschaft des Thüringer Waldes, die nicht nur auf den Rennsteig einzugrenzen ist, einher geht. Auf Unverständnis stößt auch die technische Begründung. Demnach will man ab Altenfeld oder ab Eisfeld die ursprünglich von Vattenfall geplante eine Zusatztrasse mit vier Stromkreisen in zwei Trassen mit je zwei Stromkreisen aufspalten. Dies folge aus der Tatsache, dass die Bayrische E-ON-Trasse von Redwitz nach Schweinfurt ohnehin nur zwei Stromkreise aufnehmen könne. Die anderen zwei Stromkreise könne man dann nach der Aufspaltung bei Altenfeld oder Eisfeld direkt in südöstliche Richtung nach Schweinfurt führen. Damit würde ein von mir bereits am 21. September 2007 an dieser Stelle angesprochenes Planungsdefizit von Vattenfall eindeutig auf Kosten Thüringens beseitigt, was nicht akzeptabel ist.

Positiv möchte ich feststellen, dass das Gutachten rechtzeitig noch in der Beratungsphase des Energieleitungsausbaugesetzes vorgelegt wurde, so dass die Bedenken der Fraktionen der SPD und der DIE LINKE aus der Debatte vom 12. September 2008 zerstreut wurden. Das Gutachten nimmt auch die Prämissen dieses Gesetzentwurfes auf. Das bedeutet, dass es nicht mehr vorrangig um die Übertragung von unetlicher Windenergie aus dem Norden, sondern um den Ersatz grundlastfähiger Kernenergie aus dem Süden Deutschlands geht.

Damit wird auch die Aussagekraft der Jarras-Studie – und ich sage persönlich „leider“ - relativiert, die sich ausgehend von der primären Vattenfall-Argumentation vor allem auf die Besonderheiten der Windenergie bezogen hat. Dass sich die heute zur Diskussion stehenden Gutachter ohne neue Erkenntnisse über lange Passagen in den Streit um die Bewertung von Windspitzen einmischen ist unter diesen Bedingungen nicht ganz verständlich.

Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, dass die Bundesregierung – und nicht etwa Vattenfall – mit Vorlage des Energieleitungsausbaugesetzes signalisiert, dass mit dem von ROT/GRÜN durchgesetzten, frühzeitigem Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland ein dringender Ersatzbedarf grundlastfähiger Energie entsteht, die

offensichtlich bis auf weiteres nur von konventionellen Kohle- und Gaskraftwerken geliefert werden kann. Dass diese Kraftwerke an der Küste liegen sollen, ist aus erklärbaren logistischen Gründen nachvollziehbar. Dass die Gutachter darüber hinaus die Verwendung von Meerwasser zur Kühlung als besonders wirtschaftlich bewerten, konterkariert allerdings die Bemühungen um den Klimaschutz, der die Verwendung der Abwärme von fossilen Kraftwerken durch Kraft-Wärme-Kopplung nahe legt.

Wie dem auch sei, da die Hauptabnehmer aber nach wie vor im Süden Deutschlands liegen, müssen entsprechende Transportkapazitäten von Nord nach Süd geschaffen werden. Die bestehende 380kV-Trasse über Remptendorf reicht dafür entsprechend vorliegendem Gutachten auch mit Leitungsmonitoring offensichtlich nicht aus. Ein Neubau dieser Trasse mit höherer Übertragungskapazität wird als technisch nicht möglich bezeichnet, was ich als Zweckpessimismus einschätze. Ich habe einen Werbefilm von Vattenfall gesehen, der dem Slogan einer bekannten Automarke nahe kommt: "Nichts ist unmöglich!" Der Neubau einer Bestandstrasse sollte erst recht möglich sein.

Leider verharren die Gutachter bei mindestens einer zusätzlichen 380kV-Wechselstromfreileitung in konventioneller Technik mit der Option kurzen Kabelstrecken unter dem Rennsteig und untersuchen im Detail deren denkbare Trassenverläufe von Altenfeld nach Redwitz. Ich werde mich dazu hier nicht äußern, da das gegebenenfalls Gegenstand der Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sein wird. Interessant ist für mich allerdings das Detail, nachdem man bei den verkabelten Wechselstromstrecken mit einer Temperaturerhöhung des Erdreichs auf einer Breite von 40 Metern um 5 bis 10 Grad Celsius rechnen muss. Mit diesem „Fußbodenheizungseffekt“ wird ein Problem von langen Wechselstromtrassen im wahrsten Sinne des Wortes „greifbar“: die relativ hohe Verlustleistung.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist es notwendig, über neue, verlustärmere Technologien bei der Energieübertragung nachzudenken. Auf hoher See sind solche Technologien in Form von HGÜ-Kabeln bereits Realität, da die ungleich härteren Umweltbedingungen andere Lösungen gar nicht zulassen. Man muss es dem in Rede stehenden Gutachten zugute halten, dass diese Möglichkeit in Verbindung mit dem Problem der Überquerung des Thüringer Waldes wenigstens erwähnt wird. Über eine Erwähnung mit anschließender Verwerfung dieser Möglichkeit aus finanziellen Gründen geht das Gutachten aber leider nicht hinaus. Dabei eröffnet der bereits erwähnte Entwurf des Energieleitungsausbaugesetzes durchaus den Einsatz und die Finanzierung auch dieser Technik.

Sicher hatte der Gesetzgeber bei Eröffnung dieser Möglichkeit vor allem die Anlandung der Offshore-Windenergie im Blick. Andererseits hat er auch den Einsatz von HGÜ-Kabeltechnik für sensible Räume wie den Thüringer Wald eingeräumt. Insofern hätte man von den Gutachtern auch erwarten können, dass sie diese Möglichkeit ernsthafter in Erwägung ziehen. Dafür sprechen auch die sich in der Fachliteratur verdichtenden Anzeichen, dass in der DENA-II-Studie ohnehin ein HGÜ-Netz für den zukünftigen weiträumigen Energietransport in Europa vorgeschlagen werden wird.

Erfreulicherweise hat der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages in seiner öffentlichen Anhörung am 15. Dezember 2008 zum Entwurf

eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze dieser Erdkabeloption mehr Bedeutung eingeräumt. So weist z. B. Herr Rüdiger Haake vom ZVEI Fachverband Energietechnik in dieser Anhörung darauf hin, dass sich die HGÜ-Technik zwar weltweit im Vormarsch befindet, in Deutschland bisher aber leider nur ein Pilotprojekt genehmigt wurde. Gleichwohl sind die Erfahrungen mit diesem Projekt sehr positiv, denn nach Auftragsvergabe Mitte 2007 wird im September 2009 die „HGÜ-Steckdose“ zur Anbindung des Windparkclusters Borkum 2 an das Deutsche Höchstspannungsnetz fertig sein. Ich darf Herrn Haake kurz zitieren: „Dazu muss man nicht nur Seekabel verlegen, sondern dazu werden auch Landkabel verlegt und hieraus schöpfen wir auch unseren Optimismus, dass Landkabelverlegung durchaus einen Beschleunigungseffekt haben kann. ... Wenn man mit Innovationen nicht anfängt, wird man diese Erfahrungen vermutlich niemals erhalten. So gesehen laufen wir als Energietechnikbranche und als Technologiestandort eines Tages Gefahr, dass wir Technologien, die wir weltweit vermarkten, im eigenen Land nicht zum Einsatz bringen.“

In einem entsprechende Gespräch hat Prof. Westermann von der TU Ilmenau mir gegenüber geäußert, dass seinem in Aufbau befindlichen Thüringer Kompetenzzentrum „Dezentrale und intelligente Energienetze“ nichts Besseres passieren könnte, als dass es eine HGÜ-Pilotstrecke „vor der Haustür“ betreut. Damit sollten auch die in der Einführungsphase einer neuen Technologie anfallenden Mehrkosten zu begründen sein. Außerdem würde diese Pilotstrecke im Erfolgsfall Teil des von der DENA angestrebten HGÜ-Overlay-Netzes von Norwegen bis Sizilien werden können, womit sich diese Investition mehr als refinanzieren würde.

Meine Fraktion nimmt also das vorliegende Gutachten mit der Erwartung zur Kenntnis, dass die steigende Langstreckenübertragung von Elektroenergie in Europa nur noch soweit unvermeidlich notwendig mit konventionellen Freileitungstrassen und so bald wie möglich mit modernen Erdkabeltrassen abgewickelt wird.

Diese Entwicklung ist genau so unvermeidlich wie die Ergänzung der Landstraße durch die Autobahn in der Verkehrstechnik oder der Übergang vom analogen Telefon zum digitalen Internet in der Kommunikationstechnik.

Der Antrag der SPD in Drucksache 4/4924 ist in diesem Sinne nicht ausreichend zukunftsorientiert und wird deshalb von meiner Fraktion abgelehnt.